Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Die Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger betrieblicher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Zeitungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachzahlung des Bezugspreises. Ferner kann der Bezieher in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu richten, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zusendungen bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zweimal und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseratenaufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / Für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Zwangsvorschrift. / Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Reinpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gewinnsame Anzeigen verfh. Inserenten belangen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 200 | Sonnabend den 30. August 1919 | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Viehzählung.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 2. August 1919 findet am **1. September** eine

Viehzählung

statt. Die Zählung erstreckt sich auf **Pferde** (ohne Militärpferde), **Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, zahme Kaninchen** und auf die Arbeitsverwendung der Pferde. Dazu kommt noch eine Frage nach der Zahl und dem Alter der Zuchtbullen. An die Zählung schließt sich eine schätzungsweise Ermittlung des Lebendgewichts der Rinder und Schweine an.

Die Aufnahme erfolgt mittels Ortslisten nach dem Stande in der Nacht vom 31. August zum 1. September 1919.

Die Beteiligten wollen den mit der Nachprüfung Beauftragten des Stadtrats in zweckdienlicher Weise Auskunft erteilen.

Wer wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wilsdruff, am 28. August 1919. 4585 **Der Stadtrat.**

Das zögernde Amerika.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Heeresverordnungs-Blatt wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die der Reichspräsident Ebert die Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches dem Reichswehrminister überträgt, soweit er nicht selbst unmittelbare Befehle erteilt.
* Die Amerikaner treten aus der Kommission zur Regelung der Grenzen Deutschlands aus.
* Ein amerikanisches Regiment rückt zur Übernahme des Polizeidienstes nach Oberschlesien.
* Das Wiener Volkswehrbataillon 41 ist wegen kommunistischer Umtriebe aufgelöst worden.
* Der ungarische Ministerpräsident Friedrich lehnt den Rücktritt ab, hat dagegen ein neues Ministerium unter seinem Vorsitz gebildet.
* Die französische Kammer hat mit der Beratung des Friedensvertrages begonnen.
* Der englische Arbeiterführer Barnes hat die Übernahme des Berliner Gesandtenpostens abgelehnt.
* Der belgische Senat hat den Friedensvertrag einstimmig genehmigt.
* Die Besetzung Odessas durch die Truppen Denikins wird von London aus amtlich bestätigt.
* Präsident Wilson fordert in einer Botschaft an den Kongreß die Ratifizierung des Friedensvertrages bis zum 20. September.
* Im amerikanischen Senat wurde Englands Verhalten gegenüber Kanyten als Straßenräuberei bezeichnet.

Warum Amerika zögert.

Am ungestümsten von allen Entente-Siegern drängte Wilson bei seinem Kongreß auf unverzügliche und natürlich auch auf unveränderte Genehmigung des Friedensvertrages, und gerade in Washington wollen die parlamentarischen Verhandlungen über das Meisterwerk von Versailles nicht vom Fleck kommen. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat man sich allerdings jetzt endlich zu einer ersten Teilabstimmung über eine Vertragsfrage aufgeschwungen; darüber nämlich, ob die Vereinigten Staaten sich an der Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Belgien durch eine internationale Kommission beteiligen sollen oder nicht. Die Mehrheit — 9 gegen 7 Stimmen — entschied sich gegen die Mitarbeit an dieser Frage, was als ein „Verbesserungsantrag zum Friedensvertrag" bezeichnet wird. Die Sache hat als solche wohl keine übermäßige Bedeutung, aber nach endlosem Gerede liegt hier die erste zahlenmäßige Feststellung der Anhänger und der Gegner der Wilsonschen Friedensarbeit vor, und danach kann man sich nun doch wenigstens ein ungefähres Bild von den Aussichten machen, mit denen die Ratifikation des Friedensvertrages in Amerika zu rechnen hat.

Die Abneigung der Amerikaner, sich fortdauernd mit nichtamerikanischen Angelegenheiten befassen zu müssen, besteht danach unüberwindlich zu sein. Am Kriege haben sie teilgenommen, weil ihnen eingeredet worden war, daß sonst Freiheit und Gerechtigkeit auf der Welt verloren gehen, aber aus den weiterlaufenden Streitigkeiten der Alter wollen sie nach sichergestellter Hauptentscheidung ihr Land heraushalten, und deshalb behagt es ihnen ganz und gar nicht, daß sie an den zahlreichen gemischten Kommissionen mitarbeiten sollen, in denen die tausenderlei Einzelfragen der Kriegsbeendigung mit mehr oder weniger Gerechtigkeit geschlichtet werden müssen. Zeigt doch sogar die Delegation in Paris verbliebene amerikanische Friedens- Europa zu verlassen, weil sie kaum noch eine Möglichkeit sieht, an der Lösung der Balkanprobleme, mit der sich die Clemenceau und Konsorten die Finger wund schreiben, ohne doch die schwieriger als je gewordene Aufgabe auch nur in den Grundzügen bewältigen zu können, nutzbringend mitarbeiten zu können. Das alles sind aber nur Vorspiele; der eigentliche Entscheidungskampf wird um den Beitritt zum Völkerbund geführt werden. Diese Wilson'sche Lieblingsidee hat ihren Zweck längst erfüllt. Deutschland ist der suggestiven Macht, mit der die feindliche Propaganda sie zu umgeben verstand, erlegen, und nun braucht man sich um sie nicht weiter zu kümmern. Wer mit ihr wirklich ernst machen wollte, würde die Vereinigten Staaten in alle Händel der Welt mit hineinziehen, und davon wollen die Amerikaner aus naheliegenden Gründen nichts wissen. Einstweilen ist ihr Kriegseifer gestillt, und keineswegs wollen sie für nichtamerikanische Interessen Gut und Blut ihres Volkes sobald wieder aufs Spiel setzen. So bleiben sie kühl bis ans Herz hinan, zumal der Sondervertrag mit England und Frankreich, den Herr Wilson auch noch nach Hause mitgebracht hat, ihren Argwohn gegen die Uneigennützigkeit der europäischen Bundesgenossen erst recht rege gemacht hat. Vor einem offenen Votum gegen die ganze Friedenspolitik des Präsidenten scheut aber der Senat begreiflicherweise zurück; man möchte den höchsten Repräsentanten der Nation vor den Augen der ganzen Welt, wenn es irgend geht, nicht bloßstellen. So hängt man sich, zunächst wenigstens, an Nebendinge und zögert die Entscheidung immer wieder hinaus. Vielleicht daß Wilson selber dann mit Vorschlägen hervortritt, über die man sich notdürftig verständigen kann.

Wilson aber ist unberechenbar. Als er den Friedensvertrag dem Kongreß vorlegte, sprach er mit eindringlichen Worten von dem ungeheuren Ernst der Lage in Europa, die zur raschesten Klärung dränge, wenn ihre Gefahren nicht unweigerlich auf Amerika übergreifen sollten. Ein Sonderfrieden mit Deutschland erschien ihm damals so ziemlich als der schrecklichste der Schrecken. Heute wird er vielleicht schon etwas ruhiger über diese Möglichkeit denken — es sei denn, daß er hoffen darf, den Senat doch noch für seine Schwarzmalerei zu gewinnen. Und die Aussichten dafür stehen bei dem geringen Übergewicht, das seine Gegner nur auf ihrer Seite haben, nicht schlecht. Es wäre nicht der erste Umfall, den der amerikanische Senat sich zuschulden kommen ließe.

Amerika macht nicht mehr mit!

Austritt der Amerikaner aus der Ententekommission.

Aus Washington wird gedrahtet:

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat einen Änderungsantrag zum Friedensvertrag mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen, der darauf hinausgeht, daß die Amerikaner sich nicht mehr als Mitglieder der internationalen Kommission an der Festsetzung der Grenzen von Deutschland und Belgien beteiligen sollen. Er hat noch eine Reihe weiterer Anträge angenommen, die sämtlich bezwecken, daß amerikanische Delegierte als Mitglieder interalliierter Kommissionen ausscheiden. Nur in der Kommission für Wiederherstellung bleiben die Amerikaner nach wie vor Mitglieder.

Dieser Beschluß ist offenbar auf das Gesuch der Vertreter Amerikas in Paris zurückzuführen, in dem diese ihre Abberufung fordern. In den Pariser Konferenzkreisen gehen außerdem allerlei Gerüchte, daß auch die Schwierigkeiten in der Frage des fernen Ostens die Amerikaner zu ihrer Zurückziehung aus der Konferenz veranlassen könnten. Ferner sind mehrere amerikanische Delegierte über die Behandlung der amerikanischen Politik durch gewisse Mitglieder der Friedenskonferenz, besonders durch die Franzosen, sehr entrüstet. Kurz und gut, die heilige Einigkeit innerhalb der „alliierten und assoziierten Mächte" scheint höchst wackelig geworden zu sein.

Ultimatum Wilsons an den Kongreß.

Ratifizierung bis 20. September.

Präsident Wilson hat offenbar die Absicht, den ihm gefährlich werdenden Widerstand des Senats mit Gewalt zu brechen, indem er in einer Botschaft an den Kongreß die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland bis zum 20. September verlangt. Ob ihm das gelingt, steht allerdings dahin.

In einer Unterredung mit dem Senator Swanson wies Wilson daraufhin, daß, wenn die vom Senatsausschuß vorgenommene Abänderung des Friedensvertrages auch vom Senat aufrechterhalten werde, der gesamte Friedensvertrag, soweit die Vereinigten Staaten beteiligt seien, in Gefahr stehe. Wilson soll auch die Senatoren aufgefordert haben, ihre Kräfte zu vereinen, um bei der Abstimmung im Senat die Ablehnung des Abänderungsantrages Lodges zu erreichen. Der Präsident äußerte, er sei überzeugt, daß Großbritannien und Frankreich wegen ihres früheren Abkommens mit Japan, durch das sie sich verpflichtet haben, die Ansprüche der japanischen Regierung auf das Vorrecht in Schantung zu unterstützen, keinerlei Abänderungen zustimmen würden. Wenn der Senat den Beschluß des Senatsausschusses bekräftigt, würden die Vereinigten Staaten genötigt sein, mit Deutschland einen Sonderfrieden zu schließen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Mißstimmung Japans gegen Amerika.

Aus Tokio wird gemeldet: Die Ablehnung der japanischen Regierung, sich an einer internationalen Anleihe für China zu beteiligen, hat eine antiamerikanische Kampagne in der japanischen Presse veranlaßt. Mehrere Blätter weisen darauf hin, daß die amerikanischen Kapitalisten einen Teil von Mexiko, ganz Kuba, Hawaii und die Philippinen unter dem Namen der Freiheit an sich gerissen haben, und jetzt auch noch festen Fuß in China fassen wollen. Japan sei nicht gewillt, Amerika in dieser Hinsicht entgegenzukommen. Das japanische Kabinett nimmt zu dieser ganzen Frage eine geteilte Haltung ein. Während der Außenminister wünscht, daß Japan sich an der Anleihe beteiligt, sind der Kriegsminister und seine Anhänger ganz entschieden dagegen und haben bis jetzt auch ihre Wünsche durchgesetzt.

Amerikaner für Oberschlesien.

Übernahme des Polizeidienstes.

Die augenblickliche Ruhe in Oberschlesien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage noch keineswegs geklärt ist, man vielmehr immer noch neuer Putsche gewärtig sein muß. Der Ansicht scheint auch die Entente zu sein, denn nach einer Meldung aus Koblenz hat das 6. amerikanische Infanterieregiment den Befehl erhalten, nach Schlesien zu gehen, um dort Polizeidienste zu leisten.

Böswillige Verleumdungen.

Die deutsche Regierung hat folgenden Funkspruch an Alle aufgegeben:

Aus deutschfeindlichen Quellen werden fortgesetzt falsche Meldungen über die Zustände in Oberschlesien und über die Greueltaten, die angeblich dort von deutschen Behörden und Truppen verübt werden, verbreitet. So meldet die Agence Havas, daß die Erhebung in Blut erstickt werde. Das sind Verleumdungen, die auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müssen. Blut fließt in Oberschlesien nur zur Abwehr von Angriffen der Aufständischen und ihrer Helfer von diesseits und jenseits der Grenze. Die deutsche Regierung hat alsbald den Befehl gegeben, bei den Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes mit Mäßigung zu verfahren und die Hinrichtungen einzustellen. Dieser Befehl ist eindringlich wiederholt worden, er wird befolgt. Ehe nicht die Ruhe völlig wieder eingekehrt und die Arbeit wieder aufgenommen ist, kann an den Abbau des Ausnahmezustandes nicht gegangen werden. Die polnische Regierung würde sich ein Verdienst für den Frieden und das Wohl der oberschlesischen Bevölkerung erwerben, wenn sie ihrerseits auf eine Beruhigung der öffentlichen Meinung hinwirkte.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Versailles, 28. August.

Die Pariser Blätter bringen bemerkenswerte Einzelheiten über die Besprechung des Friedensvertrages in der französischen Kammer. Schon der erste Redner, der Nationalist Thedelaine, übte scharfe Kritik an dem Werk der Pariser

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF